

Die „Arbeit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags am ...

Die abendliche Wochenschrift über den Raum kostet 5.- M. einschließlich ...

# ARBEIT

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Der Kampf um die Kohlen-Sozialisierung

Die Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues ist durch die Vorschläge der Sozialisierungskommission und den von der U. S. D. eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues aus dem Stadium theoretischer Erwägungen getreten und in den Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Kämpfe der Gegenwart gestellt worden.

Die bürgerliche Presse erhebt ein Lamento nach dem anderen, daß diese rein wirtschaftliche und nur unter dem Gesichtspunkt der Produktionssteigerung zu wertende Maßnahme durch diese „aufhebende“ Wirksamkeit der sozialistischen Parteien zu einer parteipolitischen Sache gemacht worden ist.

Unter dieser Entpolitisierung verstehen die Unternehmer der ganzen Welt die Beherrschung des Staatsapparates durch das Großkapital und die unangestrebte Freiheit eines abso-luten Mandarintums, um die Ausbeutung der proletarischen Arbeitskraft ohne alle die unangenehmen Hemmungen durchzuführen zu können, die ihnen die sozialpolitische Gesetzgebung der letzten Jahre gebracht hat.

Die Beratungen im Reichswirtschaftsrat und in der von ihm eingesetzten sogenannten Verständigungskommission, die zu den arbeitsgemeinschaftlichen Vorschlägen des Schwerindus-triellen Kapitals führten und sich besonders auf den Gedanken einer Beteiligung durch Aktienbesitz richteten, haben vielen Proletariern die Augen über das geoffnet, was bei derartigen „Verständigungen“ mit dem historischen Feinde der Arbeiterklasse herauskommen kann.

Die Bergarbeiter, deren Stellungnahme in dieser Frage natürlich von besonderer Bedeutung ist, kämpfen mit aller Entschiedenheit für die Durchführung des Vorschlages I der Sozialisierungskommission, und es ist erfreulich, daß Hué mit aller Klarheit zum Ausdruck gebracht hat, daß es für den Altten Bergarbeiterverband, der wichtigsten Organisation der Bergarbeiter, keine andere Regelung geben könne als die Durch-führung des erwähnten Vorschlages zu Grunde liegenden Gedanken einer mit weitgehenden Rechten ausgestatteten und durch eine Bürokratisierung gestärkten Kohlen-gemeinschaft.

#### Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit

##### Versammlung der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre

Mit diesem Thema hatte zu gestern abend die Gewerkschaftskommission die Betriebsräte und Funktionäre der Gewerkschaften und der U. S. D. zu einer Versammlung in die Neue Welt eingeladen.

In einem einhalbstündigen Vortrag legte sodann Genosse Herz die Ursachen für die Wirtschaftskrise dar. Sie habe alle Länder ergriffen, weise aber in Deutschland besondere Symptome auf. Die Störung der Produktionsverhältnisse durch den Krieg habe das ökonomische Schwergewicht in die außereuropäischen Länder gelegt und das wirke nun zurück auf unsere einheimischen Produktionsverhältnisse.

Sodann erhielt Genosse Herz das Wort. Er enttäuschte diejenigen Zuhörer, die von ihm ein Kop. d. h. Gegenreferat erwartet hatten. Er erklärte zwar, daß die Zeit der Resolutionen nun vorbei sei, daß die Arbeiterklasse mobilisiert und für den Kampf organisiert werden müsse, aber selbst Zursue aus der Resolution hatten nicht den Erfolg, daß er sagte, wie er sich diese Kampfesführung denke.

ausgesetzt ist, wenn die Arbeitsfreudigkeit und der Wille zur Mehrleistung in der unmittelbaren in der Produktion tätigen Arbeiterklasse durch den erneuten Bruch des Sozialisierungs-versprechens erschüttert werden.

„Auch unter den schwersten politischen und wirtschaftlichen Erschütterungen war dieser Vorschlag, selbst wenn seine Durchsetzung erzwungen werden könnte, praktisch nicht durchführbar in dem Augenblick, in dem die jetzt im Kohlenbergbau leitenden Männer ihre Mitwirkung versagen, und daß dies geschehen würde, daß die in Betracht kommenden heute schon die Stellungen in anderen Industrien, vor allem in der Eisenindustrie, wissen, in die sie sofort nach Annahme einer derartigen angeblichen Volksozialisierung eintreten würden, ist notorisch.“

Wenn die Sorge um die Aufrechterhaltung unserer Volkswirtschaft, um die Sicherung der für die Gesamtheit lebenswichtigen Kohlenindustrie wirklich die erste Sorge dieser sonst so besorgten gebärdenden Jechenbarone wäre, dann wäre es ihre selbstverständliche Pflicht, sich nicht nur weiter zur Verfügung zu stellen, sondern sogar ihre stärksten Energien und höchsten Fähigkeiten einzusetzen, um diesen Gefahren zu begegnen.

ganz im Vorbeigehen zu begründen, erklärte aber ausdrücklich, was wohl einem Hallenläufer dieser Forderung gleichkommt, daß die Kommunisten bei einem Kampf um die Sozialisierung des Bergbaues nicht beiseite treten würden und ihm auch keine Schwierigkeiten machen wollen.

Die Versammlung beschloß, die Diskussion zu vertagen und stimmte einstimmig dem Vorschlag der Gewerkschaftskommission zu, folgende Forderungen den zuständigen Behörden zu unterbreiten.

1. Eine einmalige geldliche Zuwendung an alle Arbeitslosen:
  - a) bei einer sechswöchentlichen Arbeitslosigkeit im Betrage von 150 Mark,
  - b) bei einer vierzehntägigen Arbeitslosigkeit im Betrage von 300 Mark,
  - c) bei einer halbjährlichen Arbeitslosigkeit im Betrage von 400 Mark,
  - d) bei einer dreivierteljährlichen und längerer Arbeitslosigkeit im Betrage von 500 Mark.
2. Für Frauen und erwachsene Angehörige, zu deren Unter-stützung der Arbeitslose verpflichtet ist, wird zu den Sätzen unter 1a bis d ein Zuschlag gezahlt, der die Hälfte dieser Sätze beträgt.
3. Für Kinder unter 18 Jahren wird zu den Sätzen unter 1a bis d ein Zuschlag gezahlt, der ein Viertel dieser Sätze beträgt.
4. Erhöhung der gegenwärtigen Erwerbslosenunterstützung um 50 Prozent.
5. Inwieweit wird die Unterstützung derart erhöht, daß Mente und Erwerbslosenunterstützung zusammen die erhöhten Sätze der Arbeitslosen betragen.
6. Die Kinder der Arbeitslosen erhalten Schulpflichtung, und zwar Frühstück und Mittagessen. (Die Quäterspeisung wird damit verbunden.) Kostenlose Abgabe von Milch an Kinder der Arbeitslosen bis zum 6. Lebensjahre.
7. Versorgung der Arbeitslosen und deren Familienangehörigen mit billiger warmer Winterkleidung, Wäsche und Schuhzeug. In besonderen Notfällen unentgeltliche Abgabe.
8. Beseitigung der Arbeitslosen, die einen eigenen Hausstand führen, mit billiger Heizmaterial.
9. Feststellung aller größeren Wohnungen, die ungenügend ausgenutzt werden und Bereitstellung derselben für die Wohnungslosen.

Sodann erstattete der Genosse Sabath Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern wegen Bezahlung der Nachtarbeit. Die Unternehmerorganisation lehnt die Bezahlung schroff ab, doch sollen in den nächsten Tagen mündliche Verhandlungen stattfinden.

Die englische Ausfuhr an Rohwaren nach Deutschland. Dr. Robert Herne teilte im Unterhaus mit, daß Englands Ausfuhr an Rohwaren usw. nach Deutschland im Jahre 1919 den Wert von 14 000 000 Pfund Sterling betragen habe.

von der sie erwarten, daß sie zu einer so schweren Krise führen wird, daß die deutsche Volkswirtschaft sich auf Jahre hinaus nicht von ihr erholen könne. Das, was sie nicht müde werden, als Bolschewismus, Spartakismus und was sie sonst noch für schöne Worte dafür finden, zu bezeichnen, dieses rück-sichtslose Sabotage-Spiel mit dem Schicksal des Volkes, wird für sie zu einer mit lächelnder Miene in Aussicht gestellten Selbstverständlichkeit, sobald es sich um die „heiligsten Güter“ des Kapitals handelt.

# Der Feind steht rechts!

Die Bourgeoisie belämpfen, die Klassengenossen überzeugen!

In der bürgerlichen Presse finden sich Betrachtungen darüber, daß das Bürgerium dem Parlamentarismus nicht die notwendige Bedeutung beimesse. Die Parlamente hätten zwar selbst dazu beigetragen, daß ihr Ansehen in der Öffentlichkeit nachließ, aber das sollte für das Bürgerium doch kein Anlaß sein, sich um das politische Leben überhaupt nicht mehr zu kümmern. In der Deutschen Allgemeinen Zeitung wird bei dieser Gelegenheit besonders darauf hingewiesen, wie wichtig es sei, daß das Bürgerium Verständnis für die Neuwahlen in Preußen habe. Die Rechtssozialisten seien sich der Gefahr, daß die Wahlen ihre vorherrschende Stellung in Preußen beseitigen würden, völlig bewußt, und sie arbeiteten schon mit allen Mitteln einer starken Agitation, um auf die Wählerchaft in ihrem Sinne einzuwirken. Anders das Bürgerium. Bei allen Wahlen habe es ein starkes Kontingent der politisch Indifferenten gestellt. Es wäre in Berlin nicht zu der bedauerlichen Einflußlosigkeit des Bürgeriums auf die Kommunalpolitik gekommen, wenn es nicht so wahlau gewesen wäre. Die Steuerpolitik, die jetzt in Groß-Berlin einsehe, lasse erkennen, wohin der Weg gehen solle, und es sei ganz gut, daß dieses Beispiel in eine Zeit falle, in der die Agitation zu den Wahlen für den preußischen Landtag einsehen sollte. Der bürgerlichen Wählerchaft werde hier ein Beispiel vor Augen geführt, welche Folgen es haben würde, wenn es durch allzu starke Nichtbeteiligung an den Wahlen freiwillig der Sozialdemokratie das Feld räume. Der Artikel schließt:

Die preussischen Wahlen können und werden eine bürgerliche Mehrheit ergeben, wenn das Bürgerium es will. Nur muß das Bürgerium sich dessen bewußt werden, daß der Trennungsweg, der hier zu ziehen ist, gezogen werden muß zwischen ihm und dem linksstehenden bürgerlichen Radikalismus. Es ist nicht zu erwarten und soll auch nicht verlangt werden, daß sich alle politischen Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Bürgeriums plötzlich verwischen. Nur eines muß sich erzwingen lassen: daß sie bei den Wahlen nicht eine Bedeutung gewinnen, die schließlich dem Radikalismus zugute kommt. Man muß sich klar darüber bleiben, daß auch das beste Ergebnis der Wahlen nur Freiräume tragen kann in einem späteren Zusammenarbeiten der bürgerlichen Parteien. Und auf diese Erkenntnis auch den Wahlkampf bis zu einem gewissen Grade abstimmen. Es ist von der Sozialdemokratie so oft der Ruf laut geworden: „Der Feind steht rechts!“ Mag ihn das Bürgerium endlich einmal in seiner Gesamtheit mit dem Gegenüber beunruhigen: „Der Feind steht links!“ Das eigene Interesse gebiete ihm das.

Was das Stimmblatt hier schreibt, das gilt im umgekehrten Sinne erst recht für die Arbeiterklasse. Bei den Wahlen zum preussischen Landtag müssen von uns selbstverständliche Grundsätze klar herausgearbeitet werden, die die Unabhängige Sozialdemokratie sowohl von der rechtssozialistischen Reformpolitik wie von der kommunistischen russisch- und bergweinstufigen unterscheiden. Der Hauptstoß unseres Angriffes muß sich aber gegen den gemeinsamen Feind der gesamten Arbeiterklasse, gegen den Kapitalismus, gegen die Bourgeoisie richten. Der Arbeiter ist unser Klassengenosse, auch wenn er augenblicklich eine andere Meinung hat und wir müssen alles daran setzen, um ihn von der Richtigkeit unserer Auffassung zu überzeugen. Die Bourgeoisie dagegen ist unser Feind, ganz gleich, in welcher Parteiverleumdung sie auftritt, und einen Feind überzeugt man nicht, sondern man schlägt ihn auf Leben und Tod.

## Vertagung des sächsischen Landtags (Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Dresden, 21. Dezember.  
Der sächsische Landtag ist bis zum 6. Januar vertagt worden. Als Ergebnis der mehrtägigen großen politischen Debatte, die auf die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Baur einsehte, ist zu buchen, daß die Lage der sozialistischen Regierung in Sachsen allgemein als gesellig gilt. Die kommunistische Fraktion gab die Erklärung ab, daß sie keinen Hehl daraus mache, es lediglich als ihre Aufgabe zu betrachten, den Parlamentarismus zu sabotieren. Die Deutschnationalen erklärten, daß sie vielleicht gerade dann die Regierung bilden würden, wenn die Kommunisten sie stürzen wollten. Im Koffalle würden

sie den Volksentscheid anrufen. Da für diesen große technische Schwierigkeiten bestehen, so gibt man sich hier der Meinung hin, daß eine Situation, in der sich Kommunisten und Dragsleute zum Sturz der Regierung vereinigen sollten, sich wahrscheinlich nur unter besonderen Komplikationen ergeben werde.

Aus dieser Meldung geht hervor, daß die technische Möglichkeit, die jetzige Regierung in Sachsen zu stürzen, nur in besonderen Fällen eintreten könnte. Allerdings wird sich eine sozialistische Regierung nicht auf das Vertrauen der Deutschnationalen stützen, und wenn die Kommunisten die Absicht haben sollten, die Regierung zu beseitigen, so wird man sie die Verantwortung dafür allein tragen lassen müssen, selbst wenn die zahlenmäßige Möglichkeit bestände, das Kabinett weiter bestehen zu lassen.

## Die Neuwahl der Ortsverwaltung Noch kein endgültiges Ergebnis

Die Urwahl im Metallarbeiter-Verband hat am 18., 19. und 20. Dezember stattgefunden. Von ungefähr 177 000 organisierten Metallarbeitern Groß-Berlins haben etwa 60 000 gewählt. Ueber das genaue Resultat läßt sich vor morgen nichts sagen, da das Wahlkomitee erst heute mittag 12 Uhr zusammentritt. Soweit sich bis jetzt die Lage übersehen läßt, wird es sich nur um eine knappe Mehrheit der einen oder anderen Liste handeln.

## K.A.P. und dritte Internationale

Wie die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ mitteilt, ist die K. A. P. D. am 3. Dezember von der dritten Internationale als sympathisierende Partei anerkannt worden und wird von jetzt ab einen ständigen Vertreter in der Exekutive der dritten Internationale haben. Das Moskauer Exekutivkomitee hat die Anerkennung der K. A. P. D. gegen die Stimmen der deutschen Neukommunisten und Kommunisten und bei Stimmenthaltung der Bulgaren ausgesprochen. Die Aufnahme der K. A. P. D. wurde beschlossen, obwohl die Delegierten der K. A. P. die Erklärung abgaben, daß die Partei auf keinen Fall ihr Programm aufgeben werde, insbesondere nicht in der Frage der Gewerkschaften, der Allgemeinen Arbeiter-Union und des Parlamentarismus.

Es besteht also nun die Tatsache, daß das Exekutivkomitee der Moskauer Internationale, ungeachtet der Beschlüsse des zweiten Kongresses, ungeachtet der Richtlinien und Thesen, sowie der zielgerichteten Einheitsförmigkeit der Auffassungen in allen grundlegenden Fragen, eine Partei aufgenommen hat, die sich in den wichtigsten tatsächlichen Fragen, in der Frage des Parlamentarismus und der Gewerkschaftsbewegung im schärfsten Gegensatz zu den übrigen Parteien der dritten Internationale befindet, und die in ihren programmatischen Auffassungen völlig auf dem Boden des Syndikalismus und Anarchismus steht.

Daß das Moskauer Exekutivkomitee die Aufnahme der K. A. P. D. beschlossen hat, nimmt uns nicht wunder. Hat doch sein Präsident Sinowjew sich noch neuerdings dahin ausgesprochen, daß man Leute brauche, die Marx nicht gelesen haben, und daß man es sich sehr überlegen müsse, gegen die Syndikalisten ein Wort zu sagen oder zu schreiben. Nach der zunehmenden Abkehr aller marxistischen Elemente von der dritten Internationale ist es nur selbstverständlich, daß das Moskauer Exekutivkomitee sich um so lieber der syndikalistischen und anarchischen Elementen zuwendet, mit deren Anschauungen es allerdings viel mehr gemeinsam hat, als mit den Anschauungen des revolutionären Marxismus, die zu dem Neufaschismus der Moskauer Internationale in schärfstem Widerspruch stehen.

Wie sich die vereinigten Kommunisten und Neukommunisten mit der Aufnahme der K. A. P. D. in „ihre“ Internationale abfinden werden, die auf die „Leitfäden“ des Moskauer Kongresses pfeifen, ist ihre Sache. Der ganze Kampf um die sogenannten Heidelberger Leitfäden, die zu dem Hinauswurf der K. A. P. aus der kommunistischen Partei führten, erweist sich nun als ein vergebliches Beginnen. Ebenso wird der „Grundriss“, daß es in jedem Land nur eine kommunistische Partei geben dürfe, einfach beiseite geschoben; neben den „vereinigten“ gibt es schon wieder die „veruneinigten“ Kommunisten. Aber wer weiß, vielleicht lassen dann auf Moskauer Geheiß die „Vereinigten“ von ihren Prinzipien einiges nach. Wir werden dann in dem gemeinsamen kom-

munistischen Sammelbrot die lieblichsten Gegensätze vereint sehen: Parlamentarier und Antiparlamentarier, Gewerkschaftler und Antigerwerkschaftler, Syndikalisten und Antisyndikalisten, und alle gemeinsam werden mit ihrer berühmten „prinzipiellen Klarheit“ und „programmatischen Einheitsförmigkeit“ die übrige proletarische Welt in die Schranken zerkleinern!

## Die Brüsseler Verhandlungen

Mit Rücksicht auf die noch in vollem Fluß befindlichen Besprechungen mit den einzelnen Mitgliedern der deutschen und der alliierten Delegationen hat am Montag keine Vollziehung der Reparationskonferenz stattgefunden. Sie wird voraussichtlich erst Mittwoch vormittag abgehalten werden. Die Einzelbesprechungen wurden heute den ganzen Tag über fortgesetzt. Besonders die Frage der Mindestbegünstigung, der Sachleistungen, die Schiffsfrage und die Frage der Besatzungskosten wurden erörtert. Für morgen sind u. a. Besprechungen über das deutsche Eigentum im Auslande und über das Ausgleichsverfahren vorgesehn.

## Meinungsverschiedenheiten

Zu den Brüsseler Beratungen am Montag schreibt der „Intransigent“: Es scheint so, als ob die Deutschen gewisse Punkte durchzugehen beabsichtigen, wie beispielsweise den Rückhalt eines Teiles der deutschen Flotte, aber die deutsche Delegation muß wissen, daß dieser Versuch in Brüssel nicht angebracht ist, da die Brüsseler Konferenz über die Höhe der Ziffer der Wiedergutmachungen, die Deutschland schuldet, endgültig zu entscheiden nicht ermächtigt ist. Jedenfalls sind im Laufe der Besprechungen unter den Delegierten gewisse Meinungsverschiedenheiten zutage getreten, die durch den Umstand, daß die deutsche Delegation, die in Spa in zwei Tagen geteilt war, noch komplizierter gestaltet ist. „Intransigent“ meldet weiter, daß die Wiedergutmachungskommission einen Delegierten nach Brüssel entsandt habe, welcher die Überbringer einer Liste der von Deutschland bereits durchgeführten Lieferungen für Rechnung seiner Schuld sei. Man wird also, sagt das Blatt, feststellen können, ob es wahr ist, daß Deutschland bereits, wie es angibt, mehr als 20 Milliarden als erste malige Zahlung auf seine Schuld geleistet hat. Wenn dem so wäre, dann mühte man einen gewissen guten Willen bei den Deutschen voraussetzen, und das würde die künftige Diskussion mit den Delegierten der Alliierten in Brüssel günstig beeinflussen.

## Erregung bei den sächsischen Eisenbahnern (Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Dresden, 21. Dezember.  
Wie erregt die Stellung der sächsischen Eisenbahner ist, geht aus folgender Entschlüsselung hervor, die am Sonntag die christliche Organisation der Deutschen Eisenbahner in Sachsen, nämlich die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner, Landesverband Sachsen, sah. Es heißt darin: „Die Verbandskonferenz der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner richtet an die Gewerkschaftsleitung des bringende Ersuchen, weiterhin alle Verhandlungsmöglichkeiten zu erschöpfen. Sollten aber alle Bemühungen erfolglos sein, ist gemeinsam mit den übrigen Organisationen das letzte gewerkschaftliche Mittel anzuwenden, um das Eisenbahnpersonal vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch zu bewahren.“

## Ende des Wiener Kellnerstreiks

Die von der „Internationalen“ gepriesene Etappe der Weltrevolution hat ein schnelles Ende erreicht. In langwierigen Verhandlungen, die bis in die späten Nachstunden dauerten, und geleitet vor dem Bundeskanzler Dr. Raab geführt wurden, wurde gestern, Montag, der Wiener Kellnerstreik zu Ende geführt. In den wichtigsten Punkten der Stellenvermittlung wurde ein Vertrag von beiden Seiten angenommen, der dahin geht, daß unter der Leitung der Bundesministerien für soziale Verwaltung, Handel und Gewerbe eine gemeinsame Arbeitsvermittlung bestehend aus Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeitnehmer geschaffen werde, die im Mai 1921 ins Leben zu treten hat. Auch in der Frage der Inventarhaltung und der Lohnerhöhung wurde eine Einigung erzielt. Heute, Dienstag, werden die Betriebe wieder eröffnet.

## Durchs oberschlesische Zechengebiet Von Walter Dehne

Kattowitz, Mitte Dezember 1920.

Deutscher Journalisten sprechen hier vom „Frontgebiet“. Sie haben nicht so ganz unrecht. Was der Krieg noch nicht korruptiert hat, verfällt in politischen Zeiten, wie wir sie jetzt in Oberschlesien erleben, der Korruption. Bestechung mit unerbörten Summen von beiden Seiten, völlige Demokratisierung der mit materiellen Gründen umworbene Bevölkerung, das ist zunächst das sichtbare praktische Resultat, das die Volksabstimmung befeuert.

Vorgestern flog hier in Kattowitz durch polnische Sprengung das Kaiser Wilhelm-Denkmal in die Luft. Eine Wärfte, die niemand weiter beunruhigt, abgesehen von denen, die infolge der Hunderte von zerdrückten Fensterhebeln auf einige Tage im kalten Zimmer sitzen müssen. Man ist an solche Ereignisse bereits gewöhnt. Letztlich sind die Momente sind an der Tagesordnung. Um objektiv zu sein, muß man sagen, daß sie nur deshalb in so großem Umfang von polnischer Seite durchgeführt werden, weil sie nur für die Polen Aussicht auf Erfolg haben. Die deutsche Propaganda kann kein Interesse daran haben, sich auf eine nationalpolitische Basis zu stellen, da dies für sie das denkbar ungünstigste wäre. Sie hat alle Vernunftgründe für sich, die wirtschaftlichen wie die sozialen, die antimilitaristischen wie die pazifistischen, und es wäre ein Verbrechen, wollte man vom Reiche aus versuchen, nationalpolitische Motive in die Propaganda hineinzutragen. Die polnische Propaganda, die ihre Basis im Nationalismus suchen muß, tut nachgerade genug zur Verheerung der Bevölkerung in Oberschlesien.

Man wird das Gefühl des Kriegsgebietes nicht los. Espionage, Spannung, beobachtende Blicke, geßliche Zurufe, scheue Kontrolle kennzeichnen die Atmosphäre, in der nun schon seit Monaten und noch für Monate die gesamte Bevölkerung Oberschlesiens atmen muß. Noch trennen uns Wochen vom Abstimmungstage. Und die vergangenen Monate lassen bereits ahnen, welche grauenvollen Ereignisse die Welt in Oberschlesien noch wird mitleiden müssen. Bis in seine letzten Konsequenzen kann man das Bild vom „Kriegsgebiet“ ausmalen: Das Auto rollt knatternd durch die schneebedeckten Felder. Im Fluge jagen all die Wilder eines Landes mit gemischter Kultur an uns vorbei. Armstellige polnische Katen, Lehmbauten, strahgedeckt, baufällig, wechseln mit deutschen Steinbauten, rührschwarzem Kalkstein, der überall die Luft des Zechengebietes erfüllt. Wüßig strazen die bekannten nackten Eichen niedergebrennter Häuser in die Luft; das Auto

hört in dem kleinen Dörfchen Anhalt, einer deutschen Siedlung aus der Zeit Friedrichs II. Inmitten der polnischen Bevölkerung hat die kleine Gemeinde seit 160 Jahren sich friedlich entwickelt, ohne daß es jemals zu irgendwelchen ernsthaften Konflikten oder gar zu nationalpolitischen Heißereien mit der polnischen Bevölkerung gekommen wäre. Der polnischen nationalpolitischen Abstinenzsagitation blieb es vorbehalten, die Verheerung so weit zu treiben, daß eines Tages im August die Einwohnerschaft der umliegenden polnischen Dörfer das Dorf Anhalt umstellte und 17 Gehöfte rücksichtslos niederbrannte. Die Klagen und Anklagen des evangelischen Pfarrers, der vom Leid seiner kleinen Gemeinde erzählt, sind letzten Endes nicht nur Anklagen gegen die polnische Agitation, sondern gegen die irrtümliche Anwendung eines Selbstbestimmungsrechtes, das in Verleugnung jeder marxistischen Gesichtsauffassung alle wirtschaftlichen Momente in den Wind schlägt, und ganze Volksteile, deren wirtschaftliche Basis klar auf das deutsche Wirtschaftsgebiet weist, in den Strudel nationalpolitischer Verheerung reißt.

Man kämpft um die Seelen von mehr als 2 Millionen Menschen, vernichtet unübersehbare moralische Werte durch Agitationssphären und Beschöpfungsmittel und meint doch bei all diesem Ringen nicht eine einzige dieser Seelen, sondern nur die ungeheuren Werte der Kohlengruben, das Gewitz von Schornsteinen, Förderbäumen, Drahtleitungen, Schienen und Wegen, die ratternden Maschinen, die rauchenden Eifen und die landwirtschaftliche Produktion. Der Kohlenstaub, der den Schnee im Industriedreieck, das wir auf der Rückfahrt in rasender Fahrt durchheilen, schwarz, dieser Kohlenstaub ist es, um dessen Willen die über die oberschlesische Bevölkerung die moralischen Erschütterungen einer monatlangen Abstimmungspropaganda zu tragen hat, um dessen Willen zwei Völker, die in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung auf das Engste aufeinander angewiesen sind, in einen sinnlosen Hah gehetzt werden. Ja, um dessen Willen die Ententemächte als Garanten des Friedensvertrages eine Aufgabe übernommen haben, die zu lösen sie nie imstande sein werden. Das gewaltigste Truppenaufgebot wird nicht in der Lage sein, in den vielen kleinen Orten dieses gemäßigten Industriegebietes die Deutschen vor dem Terror der Polen zu schützen. Die französischen und italienischen Besatzungstruppen halten sich eng konzentriert in den wenigen großen Städten, so, daß auf dem Lande die illegale Organisation der polnischen Agitation völlig das Best in der Hand hat. Polnische Kommissare, die ihres Amtes auf Grund eigener Machtvollkommenheit walten, kontrolieren Handel und Wandel der oberschlesischen Einwohner, geben Ausweise und Erlaubnisbescheine aus, und den Ententetruppen fehlt einfach die Macht, diesen die Reinheit des Abstimmungsergebnisses gefährdenden Terror zu hindern oder auch

nur die nach Polen offene Grenze gegen das Eindringen ungewollter Agitatoren abzuschließen. Es kann schon heute gesagt werden, daß das oberschlesische Abstimmungsergebnis, wie immer es ausfallen möge, nur ein Beweis mehr gegen diese rein formale Auslegung der Selbstbestimmung der Völker sein wird, die ohne jede Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse einfach aus nationalpolitischen Gründen das Abstimmungsergebnis über ganze Volksteile bringt.

## Der Schmerz und die Freude

Von Irene Baria.

Der Schmerz und die Freude sprachen eines Tages darüber, wer von beiden stärker sei. — Es gibt keinen noch so stolzen oder mächtigen Menschen, den ich nicht entkräften könnte, — sagte der Schmerz und lachte düster mit großen, dunklen Augen vor sich hin. — Kein noch so stolzes Herz, das ich nicht brechen, keine so hochfliegende Seele, die meine Hand nicht aus schwindelnder Höhe in den Staub stürzen könnte. Ich berühre das Haar des Menschen, und silberne Fäden kommen zum Vorschein; ich berühre sein Gesicht, und tiefe Runzeln werden sichtbar. Die Träne ist meine Schwärze. Sie glänzt an der seidenen Wimper des Kindes, der fällt brennend die milden Augen der Alten. Ich bin in den Palästen der Könige zu Hause und in den Hütten der Armen. Ich verheuche den Schlaf aus den Augen des Reichen, der auf seidenen Kissen ruht, und aus den Augen des Bettlers, dessen Kopf auf Lumpen liegt. Ich bin groß und mächtig, ein jeder kennt mich, ein jeder fürchtet mich!

Der Schmerz verstimmt. Noch klang seine tiefe, dumpfe Stimme in der Luft nach, als einer süßen, sanften Musik gleich die Stimme der Freude erkönte. — Ich bin nicht mächtig, nicht stark wie du, ich stürze nicht auf das Herz des Menschen wie der Habicht auf seine Beute, ich komme still und leise, aber überall empfängt man mich mit offenen Armen. Es gibt kein so krankes Herz, das ich nicht heilen, keine so gebrochene, niedergeschlagene Seele, die ich nicht erheben könnte. Rollen blühen auf dem bleichen Antlitz, das meine Hand berührt, und eines neuen Lebens Feuer flammt in den Augen auf. Das Lachen ist meine Schwärze. Die dunklen Schatten des Schmerzes verstreucht sie aus dem Gesicht des Menschen, wie die Sonne die dunklen Wolken verstreucht. Das Lächeln spielt um den Mund des sich schmelzenden Kindes und verstrahlt das runzlige Gesicht der Alten. — Ich bin ein willkommenes Gast in den Palästen der Könige und in den Hütten der Armen. Ein jeder segnet mich, ein jeder erwartet und liebt mich.

# Was geschieht gegen die Wohnungsnot?

Von Benno Mack.

Je drückender die Wohnungsnot wird, desto mehr wird darüber geredet und geschrieben und um so weniger dagegen getan. Aus dem Schwallen der Versicherungen merkt man aber, daß die Flut steigt und mit ihr die kapitalistische Halsstarrigkeit, Einheitslosigkeit und Menschenverachtung. Kaum je zuvor zeigte sich der leidenschaftliche Haß der Besitzenden gegen die Besitzlosen deutlicher als in der Frage der Wohnungsnot.

Vor kurzem ist das Beschlagnahmegericht für Neubauwohnungen aufgehoben worden, um die Baukosten zu fördern. Man denke, in dieser Zeit wird den Kapitalisten die vollste Verdienstreue gewährt, was auf nichts anderes hinausläuft, als daß die Reichen neue, moderne Wohnungen bekommen und die Besitzlosen in verfallenen, ungesunden, unhygienischen und ungesunden Wohnungen leben. Gehaut muß werden, so quakte es aus allen Ecken, das wäre „praktische Erwerbslosenfürsorge“. Gemach ihr Schreihäule. Wir haben doch auch eine amtliche Baustatistik und der Parteigründer und Wohlfahrtsminister, Herr Stegerwald, sollte sie endlich veröffentlichen. Dann würde sich nämlich herausstellen, daß seit 1906 die gesamte Bauaktivität in Deutschland von Jahr zu Jahr unmerklich zurückgegangen ist. In dieser langen Zeit schwante der Preis für 1000 Mauersteine zwischen 17 und 21 Mark und die sonstigen Baustoffe schlossen sich eng diesen Preisen an. Gebaut wurde nicht, weil angeblich kein Bedarf vorlag, in Wahrheit, weil das Spekulantentum zu wenig zu gewinnen hatte. Jetzt aber erdient immer lauter der Schrei nach dem Beschlagnahmegericht. Warum? Das Kapital hat im wilden Galopp alles abgegrast: die Börse, die Textilindustrie, die gesamte Bekleidungsindustrie, die Schwerindustrie, die Lebensmittelindustrie — jetzt naht das große Stoppen, der Kurssturz winkt. Ausguck! Da laßt der Baumarkt zu neuen Taten. Bislang baute man Kinos, fittliche Bazarpaläste und Filmstädte. Das flucht nicht. Kriegsgewinnler schöhnen nach neuen und eleganten Wohnungen und auch die „Kunst“ brüllt nach Kaviar. Und steigt der Kapitalist „Noi“ am höchsten, so ist ein Professor oder Geheimrat am nächsten. Herr Geheimrat Rathhufius schreibt im „Berl. Tagebl.“ vom 19. Dezember:

Die Befreiung der Bauaktivität wird sofort einreten, wenn erstens wieder, wie es vor dem Kriege der Fall war, jede Art von Baugenehmigung wird, die öffentlich-rechtliche Zulassung gegeben wird, daß ihm das Wohnungsamt die neu gebauten Räume nicht mit Beschlagnahme belegt. Die zweitgenannte Gewähr ist eine unbedingte Notwendigkeit. Es gibt heute Hunderte von Bauherren, die ihren alten Wunsch, sich ein Haus zu bauen, verwirklichen möchten, die auch bereit sind, die hohen, heute dafür nötigen Aufwendungen zu machen. Denn auch hier ist, ähnlich wie es bei Kleibern und Schuhen der Fall gewesen ist, der Zeitpunkt eingetreten, so sich viele sagen, daß sie es müde sind, länger zu warten. Koste es, was es wolle, sie wollen ihre lang gehegten Wünsche erfüllen.

Koste es, was es wolle! Das gilt in ganz besonderem Maße für die unbemittelten Wohnungslosen. Staat und Gesellschaft haben die Pflicht, Wohnräume zu schaffen. Wie wir schon bei anderer Gelegenheit geschrieben: Das Volk hungert nicht nur tot, nein, es wohnt sich auch tot. In der gleichen Ausgabe des „Berliner Tageblatt“ finden wir eine ergreifende Skizze „Höhlenmenschen der Neuzeit“. Dort lesen wir:

„Es das noch ein Mensch wie ich, der in einer solchen Höhle sein Leben zubringt? Die ehemals geländeten Räume waren schmucklos, aber sauber und leicht beheizbar. Von oben, wo, wie in einer Gefängniszelle, am Tage ein Lichtstrahl durch das Gitterfenster drang, hier ist jetzt das Schweißwasser hinunter. Länger der Tragbare befand sich in dem Restraum nur noch ein verschmutzter Ausguss und ein verfallener Herd, von dem der Rauch nicht mehr abzog, sondern frei ausströmte.“ Wir bitten die Leser uns weiter durch Rosses Literatur-Bazar für „Jedermann aus dem Volke“ zu folgen. Dem Schrei nach dem Luxusbau, den „Höhlenmenschen der Neuzeit“ folgt ein Erguß des Direktors einer Berliner Baugesellschaft. Mühe er mit den Steinen bauen, die sein Wohlgefallen erreichen soll, da läßt es böse aus. Seine Lamentationen erhalten eine gewisse Bedeutung durch eine immerhin interessante Enthüllung:

„Die Begünstigung der Bodenreformer durch die Regierungen vor der Revolution hatte im wesentlichen ihre Ursache in der Erwägung, daß Siedler außerhalb der

Stadt von der politischen Betätigung und all den mehr oder minder unfruchtlichen Bestrebungen so gut wie ausgeschlossen sind; denn nach Schluß der Arbeit wird es den Siedler so schnell wie möglich nach seinem Heim treiben, und einmal dort, wird er kaum noch einmal den Weg nach der Stadt zurückmachen.“

Damit wird der Standpunkt, den ich immer vertreten habe, augenfällig geklärt. Der sogenannte „Siedlungsplan“ ist ein reformerisches, arglistiges Täuschungsmittel und die Arbeiter haben mit diesem Krampf nichts zu schaffen. Der Baugesellschaftsdirektor sagt endlich, daß nur der Kapitalist der Retter aus der Wohnungsnot sein kann. Er tritt auch für den alten Plan der kleinen Volkenträger für Geschäftshäuser ein, über den sich sogar reden ließe. Dann endet er:

„Es gibt noch mehr Wege, die Wohnungsnot zu lindern. Aber alle sind nur gangbar, wenn man den Dingen sachlich ins Auge sieht und sich nicht durch philanthropische, unüberwindliche Theorien und Ideen immer weiter in das Reich der nur zu begrenzten Möglichkeiten führen läßt. Wie die Armut von der Paurzeit, so kommt der Wohnungsmangel durch den Mangel an Wohnungen. Man kann ihn abheben, aber nicht durch Bodenreform, nicht durch Mieterschutz, nicht durch höchste Ethik, sondern indem man dem Unternehmer Gelegenheit zur Betätigung gibt und ihm seinen Nutzen läßt.“

Es ist die Geschichte von der Rabe, die immer auf die Beine fällt. Soeben kommt der Berliner Stadtkämmerer mit dem Projekt einer Luxuswohnsteuer heraus, deren Ertrag für allgemeine Zwecke in Anspruch genommen werden soll. In dieser Form lehnen wir das Projekt rundweg ab. Anders steht die Sache für uns aus, falls der Ertrag der Wohnsteuer ausschließlich für Erstellung von Kleinwohnungen hergegeben wird. Nur in diesem Falle sind wir hierfür und auch für Erhöhung der Sätze zu haben. Der reaktionäre Stadtfinanzminister muß jetzt sein wahres Antlitz zeigen.

Vor wenigen Tagen hat der Wohnungsausschuß des Reichstages zur Wohnungsnot Stellung genommen. Wir verweisen auf den Bericht der „Freiheit“ in der Abendausgabe vom 18. Dezember. Dort ist mit Hilfe der Rechtssozialisten eine verkappte Mieterschutz angenommen worden, wobei festgestellt wurde, daß der Vater dieser unsozialen, reaktionären Steuer der ehemalige Arbeitsminister und Rechtssozialist Schilde ist. Auf diese Dinge wird in der Landtagswahlbewegung nachdrücklich hinzuweisen sein.

Unsere Partei beharrt grundsätzlich bei ihrer Forderung: Sozialisierung des Grund und Bodens, also auch der Gebäude. Wir fordern im Augenblick die Zwangsverwirklichung aller Baukosten, Zwangseinquartierung und als unvermeidbare Krönung des Werkes — die Sozialisierung der Kohle. Nur auf dem Wege über die Kohle ist es überhaupt möglich, die Produktion der Baukosten zu vermindern und zu verbilligen. Wer ernsthaft und endgültig die Wohnungsnot meistern will, muß sich mit ganzer Kraft und jedem Willen für die Sozialisierung der Kohle einsetzen. Beschimpft sei, wer schlicht darüber denkt!

## Der selbstlose Schuhhandel

In der Fachpresse lesen wir, daß der Schuhleinhandel behauptet, er habe sich zur Versorgung der ärmeren Bevölkerung mit billigem Schuhwerk „in selbstloser Weise zur Verfügung gestellt“. Demgegenüber verweisen wir auf den Bericht derselben Fachpresse, die über einen öffentlichen Vortrag des Syndikus der Schuhwarenhändler, Herrn Dr. Auerbach, wie folgt berichtet:

„Herr Dr. Auerbach kam im weiteren Verlauf seiner Ausführungen auf die Gefahren zu sprechen, die dem Schuhwarenhändler durch die Konkurrenz der Kommunen entstehen. In erster Linie sollte jedoch von Kleinhandlern an die Schuhfabrikanten herangetreten werden, daß sie an die Kommunen nicht zu allzu billigen Preisen liefern. Auch empfiehlt der Referent, daß die Geschäftsinhaber durch ihre Angestellten, die eventuell, wenn die Konkurrenz durch die Kommunen zu groß würde, entlassen werden müßten, auf diese wirken sollen. Die Angestellten sollen ihnen klar machen, daß sie es sind, die darunter besonders zu leiden hätten und daß hierdurch das Großkapital viel weniger betroffen würde, als die Angestellten.“

mehrmals einen ungünstigen Erfolg. Diese Urteile der bedeutendsten deutschen Kliniker sind wohl geeignet, die Ärzte und die Öffentlichkeit vorsichtig zu machen und die Kranken vor übertriebenen Hoffnungen zu warnen.

**Bewegung an der Staatsoper.** Die Mitglieder des Chors und des Ballets der Staatsoper befinden sich in einer Lohnbewegung. Die Verwaltung hat ihnen allmählich nachgedrungen kleine Aufbesserungen bewilligt, die aber längst nicht mehr genügen. Die Mitglieder haben sich bisher damit begnügt, weil sie annahmen, daß sie weiter Pension beziehen werden, die ihnen zwar rechtlich nicht zusteht, die sie aber unter dem alten Regime im sogenannten „Gnadenswege“ erhalten haben. Die Pensionen sind aber noch immer so niedrig wie 1914. Die Wit-Pensionäre des Chors und Ballets erhalten z. B. eine monatliche Pension von 37,50 M. aufwärts. Die in letzter Zeit pensionierten Mitglieder haben überhaupt keine Pension erhalten, sondern zusätzlich einen Vorschuß von 100 M. monatlich. Unter diesen Umständen sind die genannten Angestelltenkategorien nicht mehr in der Lage, ihrer Verrichtung nachzugehen. Bisher haben sie sich immer in der Hoffnung auf eine Pension mit Gehältern weit unter dem Tarif begnügt. Allen Teufen zum Lohn müssen die Ballettmittglieder ihre teuren Bühnenanschaffungen selbst bestreiten. Das sind allerdings vorhinflüchtige Verhältnisse, denn welcher Arbeiter denkt daran, die Maschinen für seinen Fabrikherrn zu kaufen. Die Chöre und Ballettmittglieder fordern nun ein Monatsgehalt in Staffeln von 1250 bis 1600 Mark. Dazu soll eine angemessene Pensionierung kommen. Die Forderungen sind dem Kultusministerium mit einer Antwortfrist bis zum 28. Dezember überreicht worden.

## Tages-Notizen

**Preussische Veranstaltung:** 8. Bezirk, Westend, 11. Dez. 1920, 10 Uhr, Kolo-Theater, Große Franzfurter Str. 132. Kasperle, Waldo Manne, Pappschneiderei, Reizitäten (Mit Gesang), Kammermusik. Karten „Freiheit“-Buchhandlung und Justizbüro.

**Österreichische Veranstaltung:** 11. Bezirk, 11. Dez. 1920, 8 Uhr, Kolo-Theater, Große Franzfurter Str. 132. Kasperle, Waldo Manne, Pappschneiderei, Reizitäten (Mit Gesang), Kammermusik. Karten „Freiheit“-Buchhandlung und Justizbüro.

**Österreichische Veranstaltung:** 11. Bezirk, 11. Dez. 1920, 8 Uhr, Kolo-Theater, Große Franzfurter Str. 132. Kasperle, Waldo Manne, Pappschneiderei, Reizitäten (Mit Gesang), Kammermusik. Karten „Freiheit“-Buchhandlung und Justizbüro.

In dieser Versicherung tritt das Profitstreben des Kleinhandels deutlich hervor. Aber auch die Unwahrhaftigkeit dieser Händler, die stets den Eindruck zu erwecken suchen, als ob sie die Versorgung der Bevölkerung billiger und besser als die Kommunen durchführen könnten. Das gerade Gegenteil ist der Fall, so daß es eine schwere Schädigung der Allgemeininteressen ist, wenn die Reichsregierung die Vorlage des Kommunalisierungsgesetzes dauernd absichtlich verzögert.

## Der Entwurf einer Schlichtungsordnung

Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Am 14., 15. und 16. Dezember 1920 ist der auf Grund der früheren Kommissionsberatungen aufgestellte amtliche Entwurf einer Schlichtungsordnung mit Vertretern der obersten Reichsbehörden und der Regierungen der Länder im Reichsarbeitsministerium durchberaten worden. Unter Berücksichtigung des Ergebnisses dieser Besprechung wird der Entwurf im Januar nächsten Jahres dem Reichskabinett zur Beschlussfassung unterbreitet und sodann dem Reichswirtschaftsrat zur Beratung vorgelegt werden.

Die Arbeiterkassen hat jetzt die Pflicht, diesen Entwurf mit aller Gründlichkeit anzusehen. Sie darf und wird sich keinerlei Einschränkung ihrer Rechte gefallen lassen.

Verlegung des italienischen Parteiens. Der Zentralvorstand der sozialistischen Partei Italiens beschloß, den Zusammentritt des Parteikongresses auf den 15. Januar zu verlegen und ihn dann nach Livorno zu verlegen.

## Groß-Berlin

### Die neuen Berliner Steuerpläne

Unterschied zwischen Verheirateten und Unverheirateten

Die Behandlung der städtischen Steuerentwürfe erfolgt gegenwärtig in der Weise, daß, unabhängig von den Magistratsbeschlüssen, die Finanz- und Steuerdeputation die Vorlagen durchberät, so daß ihre Beschlüsse und Vorschläge dem Stadtvorstande als Vorlage dienen können. Die neue Gemeindefiskusgesetzgebung ist wegen der besonderen Eiligkeit — sie muß bis zum 31. Dezember dem Landesfinanzamt angemeldet werden — bereits von der Finanz- und Steuerdeputation unter dem Vorsitz des Stadtkämmerers noch eingehend erörtert und zum Teil geändert worden. Besonders schwere Bedenken wurden von den Unabhängigen gegen die vom Magistrat vorgeschlagene rückwirkende Kraft vom 1. April 1920 ab, erhoben. Ferner auch gegen die untere Einkommensgrenze von 10 000 Mark, bei der nach der Vorlage des Magistrats die Gemeindefiskussteuer auf den Einkommenssteuerertrag Teil gelegt werden soll. Die Finanzdeputation beschloß einen Unterschied zwischen Verheirateten und Unverheirateten zu machen und für Unverheiratete die Gemeindefiskussteuer bei einem Einkommen von 14 000 Mark, bei Verheirateten bei einem Einkommen von 20 000 Mark beginnen zu lassen.

### Das moralische Wohnungsamt

Ein bekannter deutscher Lyriker, Herr Ernst W., bewohnt mit seiner Frau, die Gymnasiallehrerin ist, eine kleine Zweizimmerwohnung im Gartenhaus Kurfürstendamm 48. Der Hauswirt kündigte die Wohnung, und das Mietseinsparnis stimmte zu. Grund: Mißbrauch der Wohnung. Zwei Jungen, der Portier des Hauses und der Inhaber der angrenzenden Wohnung, der Konfektionär F., sagten aus, sie hätten einmal eine Schülerin des Gymnasialunterrichts durch die Fenster nach gesehen, der Portier vom hinteren Garten aus durch einen Spalt im Vorhang, F. in einem Korridor der Wohnung, der ihm zur Benutzung eines gemeinsamen Badzimmers zur Verfügung steht.

Der Portier muß das öffentliche Vergehen nach angestrebter Beobachtung durch einen Spalt im Vorhang genommen haben; Herr F. konnte in dem dunklen Korridor nicht erkannt haben, daß sich die Schülerin im Tricot befunden hat. Herr W. ist merkwürdigerweise vom Wohnungsamt die Einweisung in die Räume der W. Wohnung gegeben worden. F. besitzt im Hause sechs außerordentlich große Räume und will sein Geschäft und seine Wohnung nur noch auf Kosten der W. Familie vergrößern. Um die Zwangsvollstreckung zu ermöglichen, hat Herr F. ein leeres kleines Zimmer ohne Licht, Heizung und Nebengeläch zur Verfügung gestellt, das bis jetzt als Waschküchenraum diente.

Das zuständige Wohnungsamt Charlottenburg hat als Kündigungsfrist den 1. Januar festgesetzt. Frau W. befindet sich in anderen Umständen.

Die Entscheidung des Wohnungsamts Charlottenburg ist nur durch Ueberarbeitung des betreffenden Dezernenten zu erklären, der den Fall offenbar nicht genügend aufgeklärt hat. Eine Lokaleinspektion hat niemals stattgefunden.

Es läge im Interesse der Mieterschaft, wenn solche unsozialen Entscheidungen ganz unterblieben oder zum mindesten wieder rückgängig gemacht würden.

Es ist nicht Aufgabe eines Wohnungsamtes, Spießermoral, die den Mietschaft als Vorwand zur Wohnungsvergrößerung nimmt, zu fördern. Hier scheint eine Nachprüfung dringend am Platz.

Die juristische Sprechstunde unserer Redaktion findet täglich, nachmittags von 3-7 Uhr, Breite Straße 8/9, Hofstraß, Eingang 8, statt. Am Freitag nachmittags fällt die juristische Sprechstunde aus.

Die Besucher proletarischer Kunstveranstaltungen und Vorträge machen wir hiermit aufmerksam, daß alle Ankündigungen von inhaltreichen Vorträgen und künstlerischen Veranstaltungen fortan im Feuilleton der „Freiheit“ stehen werden und nicht mehr hier unter „Groß-Berlin“. Das Feuilleton soll mehr als bisher die vielseitigen Interessen unserer Leser berücksichtigen. Und da es zunächst ein Arbeiter-Feuilleton zu sein hat, sollen unsere Leser auch die künstlerischen und bildenden Veranstaltungen, die von Arbeiterkreisen ausgehen, dort finden. An alle, die sich für solche Veranstaltungen interessieren, ergeht daher die Forderung: Leset das Feuilleton aufmerksam, besonders die kleinen Notizen, damit ihr die für euch wichtigen Veranstaltungen nicht überseht!

Die Bildungsvereine des 8. Bezirks veranstalten am zweiten Weihnachtstage, vormittags 11 Uhr, eine Kantine im Bernhard-Kolo-Theater, Große Franzfurter Straße. Das gute Programm vorgelesen, ist für einige ganz reizende Stunden gelost. Karten zu 2,50 M. sind nach dem Genossen Wittich, Petersburger Str. 5, Niederwall, Zernsdorfer Str. 8 und Reichsstr. 18, zu haben.

Die Abteilung Krankenversorgung des Magistrats Charlottenburg gibt vom 1. Januar 1921 ab Besuchsbescheinigungen zur Krankenversorgung in Form von Besuchsbescheinigungen aus. Die Besuchsbescheinigungen sind im Besonderen für die Krankenversorgung in Form von Besuchsbescheinigungen aus. Die Besuchsbescheinigungen sind im Besonderen für die Krankenversorgung in Form von Besuchsbescheinigungen aus.

## Winterliche Sonnenwende

Zum 21. Dezember

Von Max Dortu

Wenn wir einsam  
Im stilligen Stollen  
Nächtlich  
Die Kohle hauen und fördern,  
Abgesondert von denen, da droben,  
— Dann laßt uns im bitteren Gefühl  
Nur eine Liebe, nur ein Glaube:  
Sonne und Licht!

Wer ist enger verbunden wie Sonne und Bergmann?  
Wir — die Männer der ewigen Nichte —  
Wir lieben wie keiner die Sonne!  
Der Tag, der die Geliebte zurückruft,  
Er ist unserm Herzen ein Fest!

**Friedmanns Tuberkulosemittel.** Ehrlich's Nachfolger am Georg-Spencer-Hause in Frankfurt a. M., Geheimrat W. Kofke, hat jetzt die Friedmann'schen Schilddrüsen-Extraktpräparate auf ihre Wirksamkeit bei experimenteller Tuberkulose untersucht und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß es keinerlei experimentelle Anhaltspunkte gibt, die es anzweifeln lassen, daß Friedmann'sche Mittel beim Tuberkulösen Menschen als Heilmittel oder beim Gesunden als Schutzmittel anzuwenden. In einem gleich negativen Ergebnis bei seinen Versuchen an Kaninchen und Meerschweinchen kam Prof. W. Kofke in der bakteriologischen Abteilung des Reichsgesundheitsamtes. In der gleichen Nummer der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“, in der diese beiden Bakteriologen ihr Ergebnis mitteilen, heißt es: „In der diesjährigen Schwalbe das Resultat einer Umfrage bei veröffentlichten Geheimrat W. Kofke über den klinischen Heilwert des Mittels. Auch bei wohlwollendster Beurteilung ergibt sich aus diesen Antworten, daß das Friedmann'sche Mittel höchstens das gleiche leistet wie andere Tuberkulosemittel, ganz „ewig“ nichts Besseres. Geheimrat Georg Klemperer vom Moabit Krankenhaus schreibt, das Mittel sei nicht imstande, den Fortschritt der Tuberkulose aufzuhalten. Geheimrat Friedrich Müller-München hat nicht den Eindruck gewonnen, daß das Mittel dem Tuberkulösen etwas nützt, im Gegenteil. Nach Geheimrat Goldschneider-Berlin werden nur die Kranken gebessert, die von vornherein eine günstige klinische Prognose hatten. Geheimrat Max Wolf-Berlin schreibt u. a. sehr häufig verlässlicher als das Friedmann'sche Mittel. Geheimrat Bier-Berlin hat sich von einer Heilwirkung des Mittels nicht überzeugen können. Mit unseren verdorbenen Heilmitteln sei es nicht im entferntesten zu vergleichen. Geheimrat Sauerbruch-München sah nirgends einen günstigen,

